

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 18

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatl. 450.— Mtl. ohne Bestellgeld.

Halver
Freitag, den 26. Januar 1923

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 28 mm Breite 15.— Mtl., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 50.— Mtl.,
Offerten-Befolgung: 0.— Mtl.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Regierung erklärte, daß sie zu Verhandlungen mit den Alliierten bereit sei, aber nicht, solange der militärische Druck im Ruhrgebiet andauert.

* Die Franzosen planen neue Zwangsmaßnahmen und ziehen neue Truppen heran, um das Ruhrgebiet völlig von Deutschland abzuschneiden.

* In Mainz fand die Kriegsgerichtsverhandlung gegen die deutschen Zeckenvertreter aus dem Ruhrgebiet statt.

* Die Eisenbahner im Industriegebiet hatten ihren Widerstand gegen die französischen Eingriffe energisch ausgedrückt.

* In Essen wurde ein Abkommen über die neuen Vergütungen erzielt.

* Im Berliner Zeitungsbezirk ereignete sich ein schweres Baumunglück, welches mehrere Todesopfer erforderte.

Friedensfühler?

Aus Berliner unterrichteten Kreisen wird uns zur Lage in der Ruhrfrage geschrieben:

Die Entwicklung im Ruhrgebiet ist nunmehr in ihren entscheidenden Abschnitten getreten. Die Welt und vor allem Frankreich stehen jetzt vor der nicht mehr abzuleugnenden Tatsache, daß die französischen Hoffnungen sich als dummdreiste Einbildungen erwiesen haben. Man wird in Paris heilfroh sein, wenn es gelingt, den drohenden Generalstreik der gesamten Belegschaften des Gebietes zu vermeiden; denn der Eindruck einer solchen Demonstration würde in der Welt für den französischen Imperialismus doch ungemein peinlich sein. Andererseits hat aber auch Deutschland keinen zwingenden Grund, den jetzigen Zustand zu ändern, sobald nur die Franzosen durch ihre Haltung einsehen, daß sie eine Niederlage erlitten haben. Der heutige Zustand ist aber der, daß aus dem Ruhrgebiet kein einziger Zentner Reparationskohle nach Frankreich abfließt, während der Abtransport nach Deutschland dank der entschlossenen Front der Arbeiter und Beamtenschaft ungehindert und wie früher vonstatten geht. Außerdem kann man in Berlin selbstverständlich nicht den Wunsch haben, der Arbeiterschaft ohne absolute Not die ernstlichen stimmungsmäßigen und wirtschaftlichen Lasten aufzubürden, die naturgemäß mit jeder Arbeitseinstellung verbunden sind. Aus alledem ergibt sich also auch die Haltlosigkeit der französischen Verdrängung, daß die Reichsregierung es sei, die im Ruhrgebiete Verwirrung stifte.

Aber da das eben der Fall ist, und zwar in solchem Maße, daß man in der Welt anfängt, die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen, und weil man einen derartigen Gang der Dinge vielfach vorausahnt, hat man im Ausland frühzeitig angefangen, nach einem Ausweg zu suchen. Die ausländische Presse war seit Tagen voll von Gerüchten und Behauptungen über Vermittlungsversuche, die vor allem von italienischer Seite unternommen worden sein sollten. Auch in Berlin war Ähnliches seit geraumer Frist bekannt. Und die Reichsregierung hatte nunmehr aus außenpolitischen Gründen Anlaß genug, sich grundsätzlich über ihre Haltung zu äußern. Aus ihrer neuen Kundgebung geht zunächst hervor, daß man vom Ausland in Berlin tatsächlich mehr oder weniger direkte „Anregungen“ unterbreitet hat und daß vermutlich daselbst in Paris der Fall gewesen sein dürfte. Die Reichsregierung hat selbstverständlich nicht geäußert, den als Vermittler auftretenden Stellen ihren Standpunkt klar darzulegen. Er geht genau in der Richtung: es gibt kein Verhandeln, solange die französischen Truppen an der Ruhr stehen, und außerdem hat der französische Einbruch die deutsche Leistungsfähigkeit weiter in einem Maße verringert, daß irgendeine genaue Abschätzung zwecks Festsetzung einer bestimmten Summe überhaupt unmöglich ist. Schließlich stellt die Reichsregierung erneut die Forderung an Poincaré, auf jede Vandalenpolitik zu verzichten, und sie schließt mit dem weiteren Verlangen einer völligen Gleichberechtigung bei etwaigen künftigen Verhandlungen.

Die Sprache der deutschen Regierung ist in jeder Beziehung wahr, und man wird es ihr danken, daß sie mit aller Deutlichkeit ihre Anschauung zum Ausdruck bringt. Bei ihr wird niemals die Schuld zu suchen sein, wenn es nicht sobald wird möglich zu einer Regelung kommt. Im übrigen kennzeichnet es in interessanter Weise die Lage, wenn jetzt gerade Deutschland als erste der beiden streitenden Parteien sich zu Vermittlungsversuchen äußern kann. Die Situation ist eben die, daß Herr Poincaré sein Anschlag aus dem Hinterhalt auf der ganzen Linie mißglickt ist, und daß das Gelingen des Handelns in ausschlaggebender Weise auf den angegriffenen deutschen Teil übertrifft. So wenig, wie Deutschland im Ruhrgebiet die Dinge ohne Zwang zuspitzen will, ebenso wenig wird sie irgend etwas tun, was eine Verständigung auf einer gemessener Grundlage hindern könnte. Jetzt nun aber Frankreich heute schon Anzeichen einer besseren Einsicht? Im „Echo de Paris“ gibt Bertinax, der bisher einer der wildesten Hege war, seiner Meinung Ausdruck, daß der offene Eingriff in das deutsche Besitztum allerdinge gescheitert sei. Nun müsse man es also „hinübernehmen“ versuchen, d. h.: Errichtung eines Zollordens, Abschüttung, eigene Währung im Ruhrgebiet usw.

Nach Friedensneigung sieht das wahrhaftig nicht aus! Oder sollte man eine solche Neigung darin erblicken, daß Herr Bertinax auf ein Zusammenarbeiten mit deutschen, nicht in allen inneren Fragen auf der Seite der jetzigen Regierung stehenden Parteien rechnet? Selbst den verbittertesten Chauvinisten Frankreichs dürfte nämlich nachgerade die Erkenntnis aufgegangen sein, daß z. B. die Partei der deutschen Arbeiterschaft nicht anders handeln kann und wird als die Arbeiterschaft selbst. Im Ruhrgebiet lassen deutsche Lokomotivführer die Rüge auf freier

Strecke halten, wenn sie erfahren, daß französisches Militär in den Abteilen sitzt. Auf der Straße beantwortete ein Knabe das Auerhörn einer Tafel französischer Schokolade für den Auf: „Es lebe Frankreich!“ damit, daß er rief: „Es lebe Deutschland!“, unter Hinzufügung: „Eßt Eure Schokolade allein!“ Und auf der andern Seite waagte das französische Kriegsgericht die deutschen Zeckenleiter nicht zu der prahlerisch angefügten entehrenden Strafe zu verurteilen, sondern es zieht sich unter dem Druck der durch den entschlossenen deutschen Abwehrwillen geschaffenen Verhältnisse mit einer Geldbuße aus der Affäre.

Rein, es sieht wahrhaftig nicht so aus, als ob Deutschland jeden „Friedensfühler“ mit Besessenheit aufnehmen muß. Bis auf weiteres bleiben wir bei dem stehen, was soeben die deutsche Reichsregierung als ihre „Friedensbedingungen“ dargelegt hat, und zwar verharren wir auf diesem Standpunkt, selbst wenn die von französischem Gelde unterhaltene Londoner „Daily Mail“ schreibt: Poincaré würde sich auf nichts einlassen. Wenn man, wie das durch die französische Presse geschieht, offen eingesteht, daß man eine offenbare Niederlage erlitten hat, dann kann man wohl nach außen so tun, als ob man wunder wie stark wäre, aber man wird dann kaum auf viel Glauben stoßen. Und mit dieser Feststellung können wir Deutschen uns im jetzigen Augenblick durchaus befriedigt erklären.

Zur Ruhrbesetzung.

Als Protest gegen die Verhaftung ihrer Direktoren sind die gesamten Arbeiter und Angestellten der Thyssenwerke und der Stinneszechen in den Streik getreten, bei Thyssen 65 000, bei Stinnes 100 000 Menschen. Auf der Eisenbahn ist wieder voller Betrieb, da die Forderungen der Eisenbahner angenommen wurden.

Der Reichskanzler erklärte einem Vertreter der R. Z.: „Die rheinische Bevölkerung und die Ruhrbevölkerung kämpfen heute für ihre Rechte, das ganze deutsche Volk mit ihnen. Die Franzosen mögen gegen diese stärksten, ehrwürdigsten Rechte jeder Nation anerkennen, aber jeder neue gewalttätige Angriff härtet auf neue die Entschlüsse der deutschen Regierung und die Einheit unseres Volkes, die Treue des Rheinlands zum Reich, die Treue des Reiches zum Rheinlande.“

Auf die deutschen Proteste wegen der Gewalttaten der Franzosen an Rhein und Ruhr weiß Poincaré nichts zu erwidern, und deshalb — verweigert er einfach die Annahme oder übertrumpft seine früheren Ankündigungen durch neue Drohungen. Die deutsche Note, worin gegen die Erschießung des Krankenträgers Kowalski in Langendreer protestiert wurde, ist Herrn von Hoersch vom französischen Außenminister mit folgender Begleitnote zurückgeschickt worden: „Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich, der Deutschen Botschaft das heute erhaltene Schreiben zurückzusenden. Es ist ihm nicht möglich, ein Schreiben anzunehmen, das in derartigen Ausdrücken abgefaßt ist.“ Auch den deutschen Protest gegen die Verhaftung gewisser Personen im Ruhrgebiet hat die französische Regierung einfach zurückgewiesen.

Der Widerstand der Eisenbahner.

Beschlagnahme von Schulen im Ruhrgebiet.

Die Eisenbahner im Ruhrgebiet verharren in ihrem einmütigen Widerstand gegen die Fremdherrschaft. Sie haben beschlossen, daß Militärzüge nicht mehr gefahren werden. Im übrigen sind die Verkehrsverhältnisse normal. Arbeitsruhe ist nur auf den Bahnhöfen Oberhausen, Sterkrade, Weidenrich, Oberhausen-West. In Oberhausen sind vier Personen, darunter der Bahnhofsvorsteher Stephan, verhaftet worden. Auf Grund der Vorstellungen der Beamten ist die Freilassung inzwischen erfolgt. Der Eisenbahnsekretär in Oberhausen ist von den Truppen mit der Weisung mißhandelt worden. Das Stellwerk des Bahnhofes Oberhausen ist von belgischen Soldaten besetzt. Solange die Besetzung andauert, ruht der Betrieb. Nicht gearbeitet wird von Privatbetriebern noch auf Zechen Reifgang des Essener Bergwerksvereins, außerdem ist noch ein Teilstreik auf der Stinneszeche Graf Beust im Gange. Die Nachrichten mehren sich, wonach

Starke Truppenzusammenschüßungen

an den äußeren Grenzen des Ruhrreviers zu beobachten sind. Möglicherweise, daß diese Truppenzusammenschüßungen mit der Durchführung der gesamten Zollgrenze in Verbindung stehen. Die Wirkungen der militärischen Besetzungen des Ruhrgebietes greifen tief in das Leben der Bevölkerung ein, so ist eine große Anzahl von Schulen beschlagnahmt worden, mit der Folge, daß der Unterricht ausfallen muß. In den Landgemeinden wurden vielfach Getreidescheunen mit Truppen belegt, wodurch der Ausbruch des Getreides behindert wurde und die Landwirte nicht rechtzeitig abliefern konnten. Die Arbeiterschaft bei Thyssen hat die Arbeit wieder aufgenommen, fordert aber weiterhin nachdrücklich die Freilassung ihrer Chefs. Die Zahl der auf dem Rhein bzw. der Ruhrorter Seebe beschlagnahmten Rähne stellt sich auf über dreißig. Da das Kohlenkontor seinen Verband eingestellt hat, dürfte die Beschlagnahme von Kohlenlähnen ein baldiges Ende erfahren. In Duisburg wurde die sozialdemokratische Volkstimme durch die belgische Besatzungsbehörde von der Maschine weg beschlagnahmt. Bei Hagen wurde ein Arbeiter von französischen Soldaten, als er auf Anruf nicht stehen blieb, durch einen Bedenschuß verlegt.

Fritz Thyssen vor dem Kriegsgericht.

„Ich will meinem Lande die Treue halten...“

Im Justizpalast in Mainz fand am Mittwoch die von den Franzosen veranstaltete Gerichtsverhandlung gegen die standhaften Zeckenvertreter aus dem Ruhrgebiet statt. In Anwesenheit zahlreicher Zuhörer, besonders ausländischer Journalisten, unter dem „Schuß“ französischer Bajonette selbstverständlich.

Der Gerichtshof, dessen Vorsitzender Oberstleutnant Depuegn ist, setzt sich zusammen aus einem Major, einem Hauptmann und einem Leutnant. Anklagevertreter ist der Pariser Militärstaatsanwalt Babin. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Grimm-Essen, Dr. Neumann-Mainz und Leclerc-Nancy. Schweigen herrscht im Saal, als die „Angeklagten“ unter militärischer Bedeckung erscheinen. Erhobenen Hauptes nehmen sie auf der Anklagebank Platz und geben mit fester Stimme Antwort auf die Fragen nach ihren persönlichen Verhältnissen. Nachdem die von der Verteidigung geladenen Zeugen, darunter Dr. Wegner vom Essener Steinkohlenbergbau und Lüben vom Kohlenhändler, den Saal verlassen haben, plädiert Rechtsanwalt Grimm auf Unzuständigkeit des Gerichtshofes aus den bekannten formal juristischen Gründen. Das französische Militärgericht geht über diesen Einwand hinweg und behauptet, infolge der deutschen „Verfehlungen“ sei es zuständig. Als erster Angeklagter wird Fritz Thyssen vernommen. Er erklärte:

„Ich bin Deutscher. Ich bin verpflichtet, den Gesetzen meines Landes zu gehorchen. Nach der Auffassung meiner Regierung ist der Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet nicht berechtigt. Ich will darin meinem Lande die Treue halten.“

Vors.: „Ist das alles?“ Thyssen: „Ja, das ist alles.“ Fritz Thyssen schildert dann die Zusammenkunft der Großindustriellen mit den französischen Generalen und beruft sich auf das Wort des deutschen Reichskohlenkommissars, Reparationskohle zu liefern. Die übrigen Angeklagten, Keßen, Wüstenhöfer, Tengelmann, Olse und Spindler geben die gleiche Erklärung ab, wobei sie in ähnlichen Worten wie Thyssen ihre Treue gegen ihr Vaterland betonen. In der Zeugenernehmung bestätigt der Profurist Kelenz von den Thyssenwerken, daß Reparationskohle bereits aufgeladen wurde, als der Befehl eintraf, die Sendungen zu unterlassen.

Nur Geldstrafe beantragt.

Der Staatsanwalt erklärte, auf der Anklagebank sitze eigentlich die deutsche Regierung. Für die Angeklagten kämen daher mildernde Umstände in Betracht, und er ersuche daher um Zuerkennung einer Geldstrafe, deren Höhe er dem Gerichtshof überläßt. Nach diesem Antrag vertagte sich der Gerichtshof auf einige Zeit, um dann die Plädoyers zu hören und das Urteil zu fällen.

Das Urteil.

Mainz, 24. Jan. Es war Schlag 6 Uhr, als der Gerichtshof nach Beendigung seiner Beratungen den Gerichtssaal wieder betrat. Unter lautloser Stille verlas Dr. Grimm im Namen und auf Bitten der Angeklagten deren Ersuchen an das Publikum, sich jeder Beifalls- oder Mißfallensäußerung zu enthalten, damit niemand unglücklich werde, der sich unbedacht zu einer Äußerung hinreißen lasse. Während durch die geöffneten Fenster brausende Hochrufe der vielen Tausende in den Saal drangen, die sich draußen versammelt hatten, verlas der Präsident die Schuldfrage und teilte mit, daß das Gericht einstimmig die Frage nach Nichtbefolgung eines militärischen Befehls verneint habe, ebenso einstimmig sei ein Verstoß gegen einen Requisitionsbefehl festgestellt worden, und das die Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände zu Geldstrafen in Höhe des Doppelten der angeforderten Requisitionen verurteilt wurden. Fritz Thyssen zu 500 000 Francs, Olse zu 224 066 Francs, Spindler zu 47 752 Francs, Keßen zu 15 632 Francs, Wüstenhöfer zu 8640 Francs und Tengelmann zu 6020 Francs. Von deutscher Seite wurde Einspruch gegen das Urteil erhoben.

In Freiheit gesetzt.

Mainz, 24. Jan. Die Zeckenvertreter sind heute abend kurz nach 7 Uhr in Freiheit gesetzt worden. Sie begaben sich sofort in das Zentralhotel, wo sich rasch eine nach Tausende zählende Menschenmenge ansammelte, die unaufhörlich Hochrufe auf die Freigelassenen ausbrachte und vaterländische Lieder sang. Die Kundgebungen dauerten bis gegen 1/9 Uhr. Auch später noch hielten Tausende den Platz vor dem Hotel besetzt.

Gewerkschaften, Wirtschaftler, Regierung

Die einheitliche Abwehrfront.

In Berlin fand in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften statt.

In eingehender Erörterung wurde die gesamte, durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs und Belgiens hervorgerufene Lage durchgesprochen und dabei volle Einigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt. Die einmütige Auffassung der Teilnehmer an der Besprechung ging dahin, daß in der erfolgreich begonnenen Abwehr des Recht und Frieden brechenden, mit militärischer Gewalt unternommenen Einbruchs mit allen zweckdienlichen Mitteln fortgeföhrt werden muß.

Im Reichsministerium für Wiederaufbau fand eine Sitzung des Beirats für Reparationsfragen statt, in der Vertreter der gesamten deutschen Wirt-

Maft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Länder und des Reichstags mit der Regierung über die Frage der Reparationszahlungen verhandelt. Staatssekretär Dr. Müller führte dabei aus, daß Deutschland stets loyal bemüht gewesen sei, den Friedensvertrag auszuführen, selbst unter äußerster Einschränkung der eigenen Lebensbedürfnisse. Deutschland habe sich mit allen Kräften bemüht, die angeforderten Sachlieferungen zu erfüllen, die Erfüllungsfähigkeit finde aber ihre natürlichen Schranken in den unentbehrlichen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft. Die Lieferungen an Frankreich und Belgien sind auf allen Gebieten eingestellt, sie werden solange eingestellt bleiben, wie die rechtswidrige Besetzung deutschen Gebietes anhält. Nach Beratung der einzelnen Maßnahmen faßte die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß: Der Weirat billigt die Maßnahmen der Regierung in jeder Hinsicht und versichert sie bei der Durchführung dieser Maßnahmen ihrer vollen Unterstützung.

Neue Bergarbeiterlöhne.

Erhöhung der Kohlenpreise bevorstehend. Bei den Lohnverhandlungen in Essen wurde eine Einkung über die Neuregelung der Bergarbeiterlöhne erzielt. Danach wird für die Zeit vom 16. bis 31. Januar eine einmalige Ausgleichszulage von 9000 Mark für Arbeiter über 20 Jahre gezahlt. Diese Zulage vermindert sich um je 1000 Mark in den verschiedenen Altersklassen bis zu 15 Jahren. Die Mindestzulage beträgt für einen 15jährigen Arbeiter 4000 Mark. Ferner wird eine einmalige Kinder- und Hausstandszulage von je 1000 Mark ausbezahlt. Am 1. Februar tritt eine Erhöhung der Löhne um 3066 Mark je Mann und Schicht sowie eine Erhöhung des Hausstands- und Kindergeldes um je 130 auf 280 Mark ein.

In welcher Höhe und in welcher Art dadurch eine neuerliche Steigerung der Kohlenpreise veranlaßt werden wird, soll sich in den nächsten neuen Verhandlungen in Berlin ergeben. Von interessierten Kreisen wird behauptet, es werde eine Kohlenpreiserhöhung von 100 % eintreten.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

Fürsorgegesetz für Kleinrentner.

Den sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages beschäftigte die Allgemeinberatung des Gesetzes über Kleinrentnerfürsorge. Der Regierungsentwurf stellt ein Rahmengesetz dar, daß die Verpflichtung der Gemeinden für die Kleinrentnerfürsorge festlegt und Zuschüsse des Reichs für diese Hilfe in der Höhe von 80 % der sachlichen Aufwendungen vorsieht. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte die Umarbeitung des Gesetzes zu einem allgemeinen Fürsorgegesetz, stieß aber mit Rücksicht auf die dafür notwendigen umfassenden Vorarbeiten und auf die dadurch gegebene Verzögerung auf den Widerstand der Regierung und anderer Parteien.

Rundgebung des bayerischen Landtages.

Im bayerischen Landtag nahm Präsident Königsauer das Wort zu einer eindringlichen Protestkundgebung gegen die französische Zwangsherrschaft im Westen, wobei er zum Schluß sagte: Protestieren wir auch in diesem Hause gegen die Brutalität, mit der Frankreich in den letzten Tagen über jedes Völkerrecht hinweggegangen ist, um Deutschland zu zerstören und die endgültige Herrschaft über Europa aufzurichten! Protestieren wir gegen die verbrecherische Zwangsherrschaft, die ausgerichtet werden soll mit Freiheitsberaubung, mit Raub und Mord! Wenn das deutsche Volk einig und geschlossen in der Abwehr bleibt, dann muß entweder der Tag der Einsicht oder der Tag der Vergeltung kommen. Die Abgeordneten, die die Rede des Präsidenten stehend angehört hatten, unterstrichen die Kundgebung durch allseitiges Bravo. Die Kommunisten waren der Sitzung ferngeblieben.

Ein Aufruf des Roten Kreuzes.

Das deutsche Rote Kreuz sandte an das Internationale Rote-Kreuz-Komitee in Genf, an die Liga der Rotkreuzgesellschaften in Paris sowie an die nationalen Rotkreuzgesellschaften in Amerika, Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden, der Schweiz und Spanien einen Einspruch gegen die wachsende Not des von Frankreich überfallenen Ruhrgebietes. Im Namen der Humanität ruft das deutsche Rote Kreuz befreundete Völker, die bisher Deutschlands Not hinderten, zu Hilfe für die Notleidenden.

Herbes Schicksal.

Roman von H. Courths-Mahler.

3] (Nachdruck verboten.) Durch dieses Portal gelangte man in einen großen hallenartigen Flur, dessen Fußboden auch mit Sandsteinplatten gedeckt war. Als die beiden Herren vor der Treppe hielten, kam ein Reithund herbei und nahm die beiden Pferde im Empfang. Schon auf der Schwelle des Hauses kam den Herren eine etwa fünfzigjährige Frau entgegen. Sie trug eine breite weiße Schürze über einem schwarzen Kleide und auf dem graumelierten Haar eine weiße gestreifte Haube. Das war von Gerlach's Haushälterin, Frau Siebeking. „Na, Gott sei Dank, gnädiger Herr!“ rief sie Rolf entgegen.

Dieser lachte sie an. „Was ist denn los, Siebekingschen? Haben mich wohl schon wieder einmal mit Sehnsucht erwartet?“ „Tue ich immer, gnädiger Herr. Aber heute gilt meine Sehnsucht eigentlich mehr der Jagdgesellschaft. In der Küche schmort und prasselt alles zusehender, wenn nicht bald aufgetragen werden kann. Wenn die Herren doch bloß einmal pünktlich sein könnten. Aber das ist nicht reinzufrieden.“

„Na, na, Siebekingschen, nur nicht auf meine Gäste räsonnieren. Wir können Sie ungeniert den Kopf waschen.“

Die alte Frau lachte. „Ach, da würden Sie wohl nicht still halten, gnädiger Herr. Aber sagen Sie doch — kommen die Herren nun bald?“

„Sie müssen jede Minute hier sein. Ich denke, in einer halben Stunde sitzen wir spätestens bei Tisch.“

„Na, Gott sei Dank. Da kriegt man doch wieder Mut. Wer hat denn die Schuld, wenn das Essen nicht schmeckt? Natürlich die Siebekingschen.“

Dabei lachte sie aber über das ganze runde Gesicht. „Ja, ja, es ist ein Graus, was Sie in Gerlach'sheim auszuüben haben, Siebekingschen,“ neckte Rolf.

„Rolf — sie kommen!“ rief Hans von Seltz vom Portal her.

Draußen hörte man lautes Lachen und Rufen, den Hufschlag einer Anzahl Pferde und den Ton eines Jagdhorns.

des Ruhrgebietes. Schwesterorganisationen werden um sofortige Übermittlung dieses Hilferufes an ihre Regierungen gebeten.

Polen.

× Die Memelfrage und Polen. Die Kommission für auswärtige Fragen hat in der Memelfrage eine Entscheidung gefaßt, in der die Kommission feststellt, daß der litauische Gewaltakt in Memel die Unantastbarkeit des Memeler Vertrages berührt, durch den die alliierten Großmächte beauftragt sind, über das Schicksal von Memel zu entscheiden. Der litauische Gewaltakt müsse in entschiedener und die Erhaltung des Friedens garantierender Weise beendet werden, falls er seinen in seinen Folgen unberechenbaren Präzedenzfall bilden sollte. Die Kommission stellt ferner fest, daß Polen sich mit der Tatsache des Gewaltaktes, durch den die Interessen des polnischen Staates bedroht erschienen, nicht abfinden werde.

Schweiz.

× Differenzen in der Orientkonferenz. Der türkische Vertreter Zemet Pascha lehnte den englischen Vorschlag auf Überweisung der Mossulfrage an den Schiedsgericht des Völkerbundes ab. Das Vilayet von Mossul gehöre zum türkischen Gebiet und könne daher keinem fremden Schiedsgericht unterworfen werden. Lord Curzon kritisierte lebhaft den Gedanken einer Volksabstimmung für die Bevölkerung im Mossulgebiet, die dafür noch nicht reif sei. Außerdem habe man mit der Volksabstimmung wiederholt, so in Teschen und in Oberschlesien, schlechte Erfahrungen gemacht. Die Vertreter Japans, Italiens und Frankreichs schlossen sich der englischen Ansicht an. Zemet Pascha aber blieb bei seinen Erklärungen, worauf Lord Curzon mitteilte, daß er nunmehr sofort beim Völkerbundsrat die nötigen Schritte tun werde. Ein Bruch der Konferenz liegt damit nicht vor, da die anderen Konferenzverhandlungen fortgesetzt werden. Die Lage ist jedoch außerordentlich unklar und verworren.

Aus In- und Ausland.

Koblenz. Das 8. amerikanische Infanterieregiment verließ Mittwoch Koblenz. Am die Mittagsstunde wurde in Gegenwart des Generals Allan und des Kommandierenden der französischen Truppen die amerikanische Flagge auf Grenzbrettern durch die Triflore ersetzt.

Budapest. Die ungarische Regierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach das Gesetz über den erhöhten Schutz der staatlichen Ordnung zurückziehen.

Warschau. Der Sejm erteilte der neuen Regierung Sikorski ein Vertrauensvotum.

Paris. In der Nacht sind in Paris ausgedehnte Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden, um der Wiederholung der Demonstrationen der Sozialisten vorzubeugen. Das ganze Stadtviertel sowie die Boulevards waren von verstärkten Kräfungen der Polizei und republikanischer Garde gesichert.

Preußischer Landtag.

(292. Sitzung.)

tt. Berlin, 23. Januar.

Das Haus übernahm zunächst einen Antrag der Parteien der Rechten und des Zentrums über die Ablösung von Pfandbriefen durch den Hauptausfluß. Die Novelle zum Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz wurde debattiert in zweiter und dritter Lesung angenommen. Dann begründete Abg. Dr. Fackender (Zentr.) eine auch von der Volkspartei, den Demokraten und den Sozialdemokraten unterstützte große Anfrage über die im deutschen Volk herrschende Not und den erschreckenden Niedergang der Volksgesundheit. Er ersuchte die Regierung, das im preußischen Wohlfahrtsministerium besprochene Material der breiten Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Wohlfahrtsminister Hirtfelder weist zahlenmäßig nach, daß die Todesfälle infolge von Erkrankungen in ganz erheblicher Weise zugenommen haben. Das sei die Folge des durch die übertriebenen Forderungen der Reparationskommission erzeugten Kohlenmangels. Bei Aufrechterhaltung der neuen Forderungen der Reparationskommission würden in nächster Zeit 1½ Millionen Deutsche keine oder nicht genügende Kohlen erhalten. Der Minister schildert dann die elende Ernährungslage unseres Volkes. Da heute zur Ernährung einer Familie 1½ Millionen jährlich notwendig sind, haben wir in Deutschland den Zustand, daß viele tausend Deutsche buchstäblich dem Hungertod preisgegeben sind. In manchen Berliner Schulen mußten 20 % der Kinder wegen Mangel an Nahrungsmitteln entlassen werden. Hunderttausende von Kindern bekommen keinen Tropfen Milch, weil die Eltern sie nicht bezahlen können. Unser Nachwuchs ist rettungslos dem Untergang preisgegeben. Die Tuberkulosefälle haben sich verdoppelt. Der Minister schloß mit der Erklärung, er werde das gesamte Material bald der Öffentlichkeit unterbreiten. Es sei eine Anklage gegen die ausländischen Brüder Deutschlands, aber auch gegen die Volksgenossen, die sich noch immer durch Wucher auf Kosten ihrer Landsleute bereichern wollten.

An die Darlegungen des Ministers knüpfte sich eine längere Aussprache.

Schnell war Rolf an der Seite des Freundes und trat hinaus, um seine Gäste zu empfangen. Diese kamen soeben, geführt von dem Gerlach'sheimer Förster, vor das Haus geritten.

Mit einem fröhlichen Jagdruf begrüßte er sie. Eine lebhaftere Szene spielte sich nun auf dem freien Platz vor dem Hause ab. Die Herren saßen ab, übergaben den Knechten ihre Pferde und stampften ein wenig fleißig und schweißgeglüht die Sandsteintreppe empor. Dabei lachten und lachten sie, ungeniert, wie es Herren tun, die unter sich sind und keine Rücksicht auf Damen zu nehmen brauchen. Die Halle füllte sich. Lautes Lachen und Rufen scholl von den Wänden zurück. Die Herren eilten, von Rolf lachend gedrängt, nach ihren Zimmern, um in Eile etwas Toilette zu machen, nicht mehr, als es für eine Herrengesellschaft unbedingt nötig war. Bei einem Jagdsouper will man ungeniert sein. Es währte nur kurze Zeit, dann saßen die Herren bei Tisch und sprachen dem lederen kräftigen Jagdmahl und den Weinen tapfer zu.

Hans von Seltz saß neben seinem Freund Rolf, aber sie kamen nicht mehr zu einer ungestörten Unterhaltung. Sie wurden von allen Seiten in Anspruch genommen. Natürlich wurden zumeist Jagdergebnisse zum besten gegeben. Trinkprüche wurden ausgetraut. Auch ein älterer stattlicher Herr mit frischem roten Gesicht und verglühenden Augen, einer der näheren Nachbarn von Gerlach'sheim, erhob sich und klopfte an sein Glas.

Man lachte erst noch ein Weilchen, ehe man ihn zu Worte kommen ließ.

Er begann:

„Meine Damen und Herren!“

„Hört, hört! Famoser Witz!“

„Wo sind die Damen, Schierstädt?“

„Siehst du schon doppelt und machst uns zu Väterchen?“

„So schwürte es lachend durcheinander.“

„Arrrue! Ich bitte mir Ruhe aus!“ rief Herr von Schierstädt mit seiner gewaltigen Stimme.

„Schweig! Er schreit uns in Grund und Boden!“

rief sein Nachbar. Er wurde still.

„Also: Meine Damen und Herren!“ begann Schierstädt wieder, „ich sehe nicht doppelt! Mit den Damen meine ich nämlich des Hauses redliche Hüterin, Frau Siebeking, die eben ihre weiße Schürze und ihre Haube neben der Tür aufgezogen hat. Ihr habt sie bloß noch nicht gesehen. Ihr soll vornehmlich mein Loak aelten.“

Dann beginnt die zweite Beratung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken. Durch das Gesetz soll verhindert werden, daß Häuser und Grundstücke zum Handelsartikel insofern werden, daß sie an kapitalstarke Ausländer übergehen. Deshalb soll den Gemeinden und dem Landesrat ein Einspruchsrecht gegeben werden. Der Ausschuß will die Geltung des Gesetzes bis zum 1. Juli 1926 befristet.

Von Zentrumsseite wird die Notwendigkeit des Gesetzes betont, von sozialdemokratischer der Einwand erhoben, die bürgerlichen Parteien hätten den Entwurf derart zugunsten der Hausbesitzer verändert, daß seine Annahme nicht möglich wäre. Nun vertagte sich das Haus.

(23. Sitzung.)

tt. Berlin, 24. Januar.

Die gestern vertagte Beratung des Hauses, die sich unter lebhaftem Interesse der Abgeordneten um den

Verkehr mit Grundstücken

drehte, wurde heute fortgesetzt. Abg. Dr. Hoffmann (Münster (Deutschl.)) führt aus, der Hausbesitz sei heute wegen der Mieterkündigung unrentabel. Darum würden viele Hausbesitzer in die Zwangslage versetzt, ihr Grundstück zu verkaufen. Tatsächlich wolle das Gesetz den schwer um seine Existenz ringenden Hausbesitzer am Verkauf seines Grundstückes hindern und den Haus- und Grundbesitz sozialisieren.

Abg. v. Ennen (D. Volksp.) hält es für eine schwere Kränkung eines ehrlichen und volkswirtschaftlich wichtigen Standes, wenn man den Widerstand der Hausbesitzer als Legitimation von Grundstücken bezeichnen. In der vorliegenden Form der Ausschlußbeschlüsse werde der Gesetzentwurf Gutes wirken. Abg. K. a. h. (Komm.) geht auf die Ausnahmeverhandlungen ein, um damit den Nachweis zu erbringen, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die im Plenum große nationale Töne reden, dort unter sich jede Ausländerbege abgelehnt und den Ausverkauf Deutschlands an zahlungsunfähige Ausländer geradezu gefördert hätten.

Abg. Dr. Höpfer (Münster) tritt für die Ausschlußbeschlüsse ein. Dem Hausbesitzer dürfe in seiner schweren Bedrängnis nicht die Möglichkeit zum Verkauf seines Grundstückes zu sehr beschränkt werden. Abg. Bergmann (Zentr.) führt als Vertreter der Minderheit der Zentrumsfraktion aus, der Sturm der Interessenten im Lande habe aus der Vorlage etwas ganz anderes gemacht als das, was ursprünglich im Senat verhandelt wurde. Nicht bloß gegen die Überfremdung des Grundbesitzes, sondern auch gegen die rückwärtslose Boden Spekulation sollte sich das Gesetz richten. Abg. L. a. d. o. r. f. (D. Wirtschaftspartei) erwartet von der Vorlage weder einen Schutz gegen die Überfremdung noch gegen die Spekulation auf dem Grundstücksmarkt. Dieses Gesetz sei in Wirklichkeit nur eine vertappte Sozialisierung des Grundbesitzes.

Wohlfahrtsminister Hirtfelder führt aus, die Notlage habe die Vorlage eingebracht auf Verlangen derselben Parteien, deren Vertreter heute genau das Gegenteil von dem sagen, was sie damals als Gefahr für den deutschen Grundbesitz nicht stark genug zu schildern wußten. (Großer Lärm rechts.) Die Verhandlungen zur Überlassung von Grundstücken haben heute eine geradezu überwältigende Fülle erreicht. Und dieser Zustand der Überfremdung wird heute gelehrt von denselben Herren, die feinerzeit ihre Klage darüber erhoben. (Erneuter Lärm rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen und es beginnt die Einzelberatung. Dabei wird der beschlossene Antrag, die Genehmigungspflicht für Verkäufe an Ausländer einzuführen, abgelehnt.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 26. Januar 1923.

□ Zulassungsgebühren für Ärzte. Die Gebühren für Zulassung zu Prüfungen und Erteilung von Approbationen betragen jetzt für Approbationen der reichsdeutschen Ärzte, Zahnärzte und Apotheker und für Prüfungsausweise der reichsdeutschen Nahrungsmittelchemiker 500 Mark, für solche mit Prüfung 4500 Mark, für die Prüfungsausweise der reichsdeutschen Zahntechniker 1000 Mark, für die Zulassung von Reichsangehörigen zu den Vor- und Hauptprüfungen 3000 Mark. Die Gebühren werden neben dem Stempel erhoben.

□ Kein Abrufen in den Warterräumen der Reichsbahn. In vielen Bezirken der deutschen Reichsbahn wird in den Warterräumen nicht mehr abgerufen, und diese Neuerung hat fast überall zu einer schnelleren Abfertigung an den Sperrern geführt, da die Reisenden nun nicht mehr störende auf den Bahnsteig drängen; außerdem wurde dadurch eine Personalsparnis erzielt. Aus diesen Gründen hat der Reichsverkehrsminister verfügt, daß das Abrufen allgemein eingestellt wird; die mechanischen oder elektrischen Abrufungsrichtungen sollen jedoch vorläufig beibehalten werden.

□ Keine Verzollungsgebühren für Liebesgaben. Der Reichspostminister hat angeordnet, daß die Verzollungsgebühr für Sendungen aus dem Ausland, die wegen ihrer Eigenschaft als Liebesgaben vom Zoll befreit sind, vom 25. Januar an nicht mehr zu erheben ist. Die Befreiung erstreckt sich nicht auf die Paketbestell- und die Paketausgabegebühr.

welt sie uns doch einen famosen Jagdschmaus bereitet hat, und weil sie überhaupt unsern jungen Freund, Rolf von Gerlach auf Gerlach'sheim, so treulich begut und pflegt. Hiergeblieben, Frau Siebeking, nicht schabbieren. Also: Frau Siebeking, die Perle aller Haushälterinnen, sie lebe hoch! — hoch! — hoch!

Die alte Frau, die nur hatte nachsehen wollen, ob alles in Ordnung war, strich sich verlegen die Schürze glatt. Hans von Seltz sprang auf und reichte ihr lachend ein gefülltes Glas.

„Nun müssen Sie schon mit uns anstoßen, Frau Siebeking.“

Die alte Frau sah nach ihrem jungen Herrn hinüber mit einem verlegenen und doch humoristischen Lächeln. Der nickte ihr zu.

„Dann helpt das nich“, Siebekingschen, man immer los, Prosit!“

Und er stieß sein Glas an das ihre. So mußte sie mit allen tun und errötete dabei wie ein junges Mädchen.

Als Herr von Schierstädt mit ihr anstieß, sagte er scherzend:

„Sie sollten es aber Ihrem jungen Herrn nicht gar so behaglich machen in Gerlach'sheim, verehrte Frau Siebeking. Der Junge wird dadurch für die Ehe verborben und bleibt ein eingeseifelter Junggeselle. Und ich sehe es gern, wenn er sich eine junge Frau heimholt.“

„Nichtig, Schierstädt, ich sehe auch nicht ein, warum er es besser haben soll als wir,“ stimmte sein Nachbar lachend ein.

Frau Siebeking zog sich so schnell als möglich wieder zurück und war froh, als sie die Tür hinter sich zumachen konnte.

Ein anderer Herr erhob sich.

„Da wir nun mal bei den Damentastern sind — ich trinke auf das Wohl der künftigen Herrin von Gerlach'sheim! Heben Sie Ihre Gläser, meine Herren und tun Sie das gleiche.“

Fröhlich wurde Beschaid getan.

„Hast du es gehört, Rolf, Rölchen, mein Sohn?“

fragte Herr von Schierstädt mit seiner dröhnenden Stimme.

„Du mußt dich ein bißchen heilen. Die Gerlachs stehen nur noch auf zwei Augen. Dein Vater, mein lieber alter Freund, dreht sich im Grabe herum, wenn du nicht für Nachkommen sorgst. Also rin in den Ehestand. Beim nächsten Jagdschmaus wollen wir der Herrin von Gerlach'sheim unsere Suldbauung an Füßen legen!“

Persil bleibt Persil

Ohne Chlor! Wäscht,
bleicht und desinfiziert.
Alleinige Hersteller: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF**, auch der alibewährten „**HENKO**“ (Henkel's Wasch- und Bleich-Soda).

in alter bewährter Güte!
geeignet für alle Arten von Wäsche.

Niemals tosel Nur
In Originalpackung!

Altes Röhrenblei

kauft jedes Quantum
zum Selbstgebrauch

Wilh. Edmann,

Halver.

— Fernruf 206. —



Nachruf!

Am 21. ds. Mts. verschied nach
kurzer, schwerer Krankheit unser Mit-
arbeiter

Herr Carl Hengstenberg

im Alter von 49 Jahren.

Der Entschlafene hat seine Pflicht
stets treu erfüllt, wir werden ihm ein
gutes Andenken bewahren.

Die Inhaber, Angestellten u. Arbeiter
der Firma

Gebr. Jaeger, Schalksmühle i. W.

Neu-Eingänge

in
Damen-Konfektion

und

Herren-Konfektion

Kleider : Blusen

Mäntel : Röcke

Anzüge : Paletots

Loden- und Gummi-

Mäntel : Hosen.

Bekannt
durch
unsere
billigen
Preise.

Große
Auswahl.
Freund-
liche Be-
dienung.

Verkauf

1. Etage.

Münch-Berg
12 HAGEN I. WESTF. 12
Elberfelderstraße

Größtes Lager in Dreh- u. Gleichstrom-

Motoren



Bergstrasse 123.

Fernruf 259, 3916.

Notgemeinschaften der Gemeinden Halver und Schalksmühle.

Aufruf!

Die Not in deutschen Landen wächst ins Uner-
messliche. Eine Feuerungswelle nach der andern über-
komet verheerend das gesamte Deutschland und alles
leidet unfähig schwer unter der allgemeinen Not.
Schwer leiden darunter schon die in Lohn und Brot
Stehenden. Ungleich schwerer aber lastet die Not auf
Tausenden deutscher Volksgenossen, namentlich den
Alten, Invaliden, Witwen, die ehemals fleißig und red-
lich geschafft haben, und heute, ein Opfer ihrer Arbeits-
unfähigkeit, nicht wissen, wie sie ein Dasein bestreiten
sollen, das kaum noch als Leben anzusprechen ist.

Auch in Familien der Gemeinden Halver und
Schalksmühle herrscht unverschuldete, bitterste Not. Es
ist Pflicht eines jeden, der noch die Hände für den
Erwerb rühren kann, diese Not steuern zu helfen.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Landwirtschaft,
Industrie, Handel und Gewerbe haben sich zur Durch-
führung des großen Hilfswerkes zu einer Notgemein-
schaft zusammengeschlossen.

Große Mittel sind erforderlich.

Um eine umständliche Sammlung herkömmlicher
Art zu vermeiden und dem Einzelnen einen Maßstab
für seine Leistungen zu geben, hat man sich entschlossen,
daß die Gehalts- und Lohnempfänger mindestens den
Betrag eines vollen Stundenlohnes zur Verfügung
stellen, die Arbeitgeber, Gewerbetreibenden, Geschäfts-
leute und Landwirte sich mit entsprechenden Beiträgen
beteiligen. Der Landwirtschaft wird dabei aus Herz
gelegt, auch Lebensmittel bereit zu stellen.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß
die einkommenden Gelder ohne jeden Abzug restlos
zugunsten der notleidenden Bevölkerung unserer Ge-
meinden verwandt werden.

Halver, den 25. Januar 1923.
Schalksmühle,

Die Ausschüsse.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holz-
bestände zu kaufen.

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1969 Fernruf 1897 und 3965

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos

Flügel - Harmoniums

Verkauf an Private.

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügelwerk

Hagen i. W.

Filiale: Berlin

Hardenbergstr. 14.

NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten

Stimmungen und Reparaturen.

Ich erhalte am Samstag,
den 27. Januar eine
Sendung



oldenb.
Schweine.

Wilh. Jäbender,
Meinerzhagen.

Rotbrauner, kurz.

Hund zugekauft.

Halver, Hochstr. 20.

Altes Röhren-Blei

sowie sonstige Almetall
kauft laufend 2022

Firma Hänsler,
Kierspe-Vhf.

Korbwaren

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Bergisches Schuhlager

Inhaber: Friedrich auf der Horst
Lüdenscheid, Wilhelmstraße 22

1. Stockwerk im Restaurant „Wilhelmshof“.

Die anerkannte Bezugsquelle für

Qualitäts-Stiefel 1. Ordnung

solider Eleganz und mäßiger Preise

Werktagsschuhe

in prima Ausführung.

Streng reelle Bedienung.

Hagener
Edelmetallbörse
E. von den Steinen

Kölnerstraße 371

Ecke Weststraße, direkt am Bahnhof,

kauft

zum Dollarkurs

Brillanten,

Gold : Silber : Platin-

Gegenstände wie:

Ringe, Uhren, Ketten,

Etuis, Bestecke,

Brennstifte.

Zahngelisse.

Ungelerter Eingang.

Moderne

**Damen- und
Herren-Garderoben**

kaufen Sie vorteilhaft
auch auf

Teilzahlung

im

Bekleidungshaus

„Westfalia“.

Hagen i. W.,

Elbers-Ufer 10, 1968

Eingang Haidenstr.

Auf dem Wege vom
Café Schulz, Schalks-
mühle nach Halver ein

Ueberzieher verloren.

Wiederbringer erhält gute
Belohnung.

Abzugeben in der Ge-
schäftsstelle des „Allgem.
Anz.“, Halver oder im
Café Schulz, Schalksmühle.

Zur

Konfirmation

empfehle:

**Gesang-
bücher,
Bibeln usw.**

Wilh. Bell jr.,

Halver i. W.

Eine Frage



die eigentlich
keiner Erörterung
bedarf, ist die: Wo in-
riere ich am zweckmäßigsten?
Selbstredend in dem Allgemeinen Anzeiger
und dem Schalksmühler General-Anzeiger.

Der unter dem 16. No-
vember 1922 erlassene
Nachtrag zum Ortsstatut
für die gewerbliche Fort-
bildungsschule in Halver
ist von der Aufsichtsbehörde
genehmigt worden. Der
Nachtrag liegt 4 Wochen
lang im Amtshause, Zimmer
Nr. 9 zu jedermanns Ein-
sicht offen.

Halver, 23. Jan. 1923.

Der Amtmann

Bekanntmachung.

Als Zeitpunkt des Ab-
schlusses der Vorarbeiten
für das neu aufzulegende
amtliche Fernsprechbuch für
den Oberpostdirektionsbezirk
Dortmund wird der 5. Fe-
bruar festgesetzt. Gebühren-
pflichtige Eintragungen, die
nicht spätestens bis zu
diesem Tage gekündigt sind,
werden unter Einziehung
der bestimmungsmäßigen
Gebühr in die neue Auf-
lage übernommen.

Postamt in Halver.

Bekanntmachung.

Als Zeitpunkt des Ab-
schlusses der Vorarbeiten
für das neu aufzulegende
amtliche Fernsprechbuch für
den Oberpostdirektionsbezirk
Dortmund wird der 5. Fe-
bruar festgesetzt. Gebühren-
pflichtige Eintragungen, die
nicht spätestens bis zu
diesem Tage gekündigt sind,
werden unter Einziehung
der bestimmungsmäßigen
Gebühr in die neue Auf-
lage übernommen.

Postamt Meinerzhagen
Bez. Dortmund).

Bekanntmachung.

Als Zeitpunkt des Ab-
schlusses der Vorarbeiten
für das neu aufzulegende
amtliche Fernsprechbuch für
den Oberpostdirektionsbezirk
Dortmund wird der 5. Fe-
bruar festgesetzt. Gebühren-
pflichtige Eintragungen, die
nicht spätestens bis zu
diesem Tage gekündigt sind,
werden unter Einziehung
der bestimmungsmäßigen
Gebühr in die neue Auf-
lage übernommen.

Postamt in Rönshahl
(Bez. Dortmund).



Ein neues
Herren-Fahrrad

billig zu verkaufen.
Näheres zu erfragen in
der Geschäftsstelle des Allg.
Anz., Halver.

Baterl. Frauenverein Halver.

Mitglieder- Versammlung

am Dienstag, 30. d. M.,
nachm. 5 Uhr

im „Haus zur Fuhr“.

Tagesordnung:

Rechnungsablage von 1922.

Neuwahl des Hauptvor-
standes

Dazu wird hierdurch ein-
geladen

Halver, 26. Jan. 1923.
D. Dresbach.

Landwirtschaftl. Orts- verein Kierspe.

General-Versammlung

am Samstag, 27. Jan.
nachm. 2 Uhr bei Plate

Tagesordnung:

1. Vortrag des Amtmanns
Jennrich über Steuer-
fragen.

2. Notgemeinschaft

3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen
bittet Der Vorstand.

Wir suchen zu Ostern
einige jugendliche

Arbeiter

für Lager und Packstube.

Dresbach & Cie.,

Halver i. W.

Tüchtiger

Schleifer

für Schaufeln und Spaten
gesucht.

Gebr. Boswinkel,

Volme i. W.

Wer vom Heesfelder
Mühlengut

Grundstücke

pachten will,

wird gebeten, seine Adresse
bis zum 31. ds. Mts.
bei Herrn Möller auf Steinbach
abzugeben.

Oberfeld, Steinbach.

Thomasmehl,

Kali 8%, Kainit

hat abzugeben

Otto Ohler,

Dh.-Rönshahl.

Büstenkarten liefert schnell
u. billig die
Buchdruckerei Wilh. Bell jr.